



PRESSEBERICHT

TELEGRAMM-ADRESSE: INTRANSFE-AMSTERDAM
SITZ: AMSTERDAM (HOLLAND) VONDELSTRAAT 61
FERNSPRECHER 80186

DIESER PRESSEBERICHT ERSCHEINT ZWEIWÖCHENTLICH IN DEUTSCHER,
ENGLISCHER, FRANZÖSISCHER, SCHWEDISCHER UND SPANISCHER SPRACHE,
SOWIE IN ESPERANTO

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.)

EISENBAHNER.

Rationalisierung. (I.T.F.) Sir Ralph Wedgwood, der Generaldirektor der englischen Eisenbahngesellschaft L.N.E.R. hat erklärt, dass die Zusammenarbeit mit der Gesellschaft L.M.S. eine Herabsetzung des Personalbestandes ermöglichen wird. Die Gesellschaft L.M.S. hat bereits ihre Eisenbahnwerkstätten in Newton Heat geschlossen und die Gesellschaft L.N.E.R. ist daran, ihre Werkstätten in Gasteshead-on-Tyne, wo 1100 Arbeiter beschäftigt sind, zu schließen.

Ein Erfolg der jugoslawischen Eisenbahner. (I.T.F.) Vier jugoslawische Eisenbahner, die im Jahre 1928 wegen ihrer Tätigkeit in den Werkstätten in Marburg entlassen wurden, haben jetzt einen nahezu 4 Jahre dauernden Prozess gegen die jugoslawischen Staatsbahnen gewonnen. Der Staat wurde zur Nachzahlung der Pension in der Höhe von 80.000 Dinar (100 Dinar - 6,7 RM) verurteilt und muss auch die Prozesskosten tragen.

Der jugoslawische Eisenbahnerverband ist noch immer nicht gesetzlich anerkannt worden und dieser Erfolg in einem Lande, wo alle Freiheiten systematisch unterdrückt werden, ist sicher bemerkenswert.

Die Einnahmen der französischen Eisenbahnen. (I.T.F.) Die Einnahmen der französischen Eisenbahnen für die Zeit vom 1. Januar bis 9. Juni 1932 sind im Verhältnis zum Jahre 1931 gesunken, u. zw.: Elsass-Lothringen-Bahn um 20,29%, Ostbahn um 21,09%, Staatsbahn um 11,86%, Südbahn um 11,85%, Nordbahn um 22,19%, P.O.-Bahn um 13,70% und der P.L.M.-Bahn um 15,72%.

Das wahre Gesicht der schweizerischen Demokratie. (I.T.F.) Der schweizerische Bundesrat hat einen Plan aufgestellt, wonach die schweizerischen Kreditinstitute, die infolge ihrer schlechten und auf einen sofortigen Profit hinzielenden Finanzpolitik auf den Rand eines Bankrotts kamen, saniert werden sollen. Die 300 Millionen schw. Franken (100 Fr. - 82,- RM), die nach dem Plan den grossen Banken zur Verfügung gestellt werden sollen, werden der Kontrolle des Parlaments entzogen. Derselbe Bundesrat schlägt aber dem Parlament eine Herabsetzung der Gehälter der Staatsbediensteten (Eisenbahner inbegriffen) um 10 bis 15% vor.

Die Zusammenarbeit in der Tschechoslowakei. (I.T.F.) Während einer Besprechung zwischen den Vertretern der Eisenbahnerverbände und dem neuen Eisenbahnminister der tschechoslowakischen Republik hat letzterer erklärt, dass er keine das Personal angehende Massnahmen treffen werde, ohne sich vorher mit den Organisationen in Verbindung zu setzen. Der Minister hat weiter erklärt, dass die Vorschläge des Personals über die Reorganisierung der Eisenbahnverwaltung, die Pensionierung von Bediensteten, die ihre Dienstzeit überschritten haben, die der Einführung der 40-Stundenwoche u.a.m. einer Prüfung unterzogen werden.

Eine Arbeitsdienstpflicht. (I.T.F.) Die österreichische Regierung untersucht einen von den Nazi angeregten Plan über die "Arbeitsdienstpflicht" zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Kompanien der zu bildenden "Friedensarmee" sollen u.a. im Bahnbetrieb, im gesamten Bahnunterhaltungsdienst, im Stationsdienst und für Werk-

stättenarbeit verwendet werden und somit den Abbau einer grossen Zahl von Eisenbahnbediensteten ermöglichen. Jeder Mann dieser Arbeitskompanien soll 0,50 Schilling (100 Schilling- 52 RM) pro Tag bekommen. Eine solche Neuheit würde gleichbedeutend mit Zwangsarbeit sein.

Lohnabbau in Norwegen. (I.T.F.) Das norwegische Parlament hat eine Herabsetzung der Nebenbezüge des Eisenbahnpersonals um rund 10% angenommen. Die im laufenden Jahr zu erzielenden Ersparungen werden einen Betrag von 235,000 Kronen (100 Kr. - 74 RM) ausmachen.

Kongress der dänischen Eisenbahner. (I.T.F.) Der Kongress des dänischen Eisenbahnverbandes hat am 16. bis 18. Juni stattgefunden. Er hat eine Resolution zugunsten der Einführung der 40-Stundenwoche angenommen. Ferner sprach er sich für den Betrieb von bahneigenen Autobuslinien aus.

Kongress der schwedischen Eisenbahner. (I.T.F.) Der Kongress des schwedischen Eisenbahnverbandes wurde vom 5. bis 11. Juni abgehalten. Eine vom Kongress angenommene Resolution fordert die Verkürzung der Arbeitszeit, Herabsetzung des pensionsfähigen Alters zwecks Bekämpfung der von der Krise, der Elektrifikation und der Rationalisierung verursachten Arbeitslosigkeit. Der Kongress hat auch in der Frage der Autokonkurrenz seinen Standpunkt festgestellt.

Die Entwicklung des Eisenbahnwesens in Sowjetrussland. (I.T.F.) O.A. Gill, Chefingenieur der Baltimore and Ohio Railway Co, der von einer Reise in Sowjetrussland zurückgekehrt ist, hat erklärt, dass die sowjetrussischen Eisenbahnen an der ersten Stelle stünden in bezug auf den Umfang des Personenverkehrs und auf der zweiten Stelle, gleich nach den Vereinigten Staaten, in bezug auf den Gütertransport, der im Vergleich zu 1931 um 28% gestiegen ist, und jetzt 320 Millionen Tonnen betrage. Die Sowjets hätten einen Voranschlag in Höhe von 1,7 Milliarden Dollar für den Ausbau des Verkehrswesens angenommen. Die sowjetrussischen Bahnen benötigen 50,000 neue Güterwagen, 1300 neue Dampflokomotiven und 500.000 Tonnen Schienen.

Würden die europäischen Regierungen denjenigen Industrien, welche Aufträge bedürfen, die nötigen Kredite gewähren (es liegen grosse Kapitalien brach), so würde die Arbeitslosigkeit erheblich vermindern.
sich

Von einer Lohnerhöhung in Spanien. (I.T.F.) Um eine schon vor langem vorgesehene Lohnerhöhung für die spanischen Eisenbahner zu ermöglichen, wird der Minister für Öffentliche Arbeiten dem Parlament einen Gesetzentwurf unterbreiten, wonach von allen Eisenbahntarifen ein provisorischer Zuschlag erhoben werden soll, dessen Ertrag/eine Erhöhung der Löhne der spanischen Eisenbahner für verwendet werden soll. Die gegenwärtige Lage erlaubt keine definitive Erhöhung der Eisenbahntarife.

SONSTIGE TRANSPORTARBEITER

Ein Anschlag auf die Rechte der Wiener Kraftdroschkenlenker. (I.T.F.)

In dem zwischen den Unternehmern im Wiener Kraftdroschkenge-
werb und dem Personal abgeschlossenen Kollektivvertrag ist eine Bestimmung - die sog. Verfallsklausel - aufgenommen, die dem Kraftfahrer das Recht gibt, etwaige nicht erfüllte Ansprüche innerhalb einer Frist von 3 Jahren rückwirkend einzuklagen. In der Praxis geschah es oft, dass die Unternehmer die gegenwärtige schwere Wirtschafts-
lage dazu benützten, um die Kraftfahrer um ihre berechtigten Ansprüche zu prellen, aber in vielen Fällen mussten sie diese auf eine Klage seitens des Arbeitnehmers nachträglich erfüllen, was ihnen Unannehmlichkeiten bereitete.

Nun hat der Unternehmerverband beschlossen, die Verfallfrist von 3 Jahren auf 14 Tage herabzusetzen und drohte den Kollektivvertrag überhaupt zu kündigen, falls das Personal die Forderung nicht annehmen sollte. Die Kraftfahrer, für die diese Abänderung eine beträchtliche Kürzung ihrer Rechte bedeuten würde, haben natürlich in ablehnendem Sinne geantwortet und in zwei Versammlungen gegen die Zumutung der Unternehmer protestiert.

Um die Besserstellung der Prager Kraftfahrer. (I.T.F.) Auf Einschreiten des der I.T.F. angeschlossenen tschechoslowakischen Kraftfahrerverbandes hat das Ministerium für soziale Fürsorge die Prager Gewerbe-Inspektion aufgefordert, Vertreter der Kraftfahrbetriebe zu einer Besprechung über die Regelung der Arbeitszeit der Kraftfahrer zusammenzurufen. An den Verhandlungen beteiligten sich auch Vertreter des Kraftfahrerverbandes und der Gewerkschaftszentrale. Es wurde ein Entwurf eines Kollektivvertrages für Kraftfahrer im öffentlichen Autoverkehr, Autobuslenker und Kraftfahrer bei Lastkraftfahrbetrieben ausgearbeitet. In den nächsten Tagen sollen weitere Verhandlungen geführt werden zwecks definitiven Abschlusses des Vertrages.

Forderungen zum Schutze der Kraftdroschkenlenker. (I.T.F.) Die sich besonders in der letzten Zeit mehrenden verbrecherischen Anschläge auf Kraftdroschkenlenker haben die Dresdener Kraftfahrer veranlasst, dem Dresdener Polizeipräsidium einen Vorschlag zum Schutze der Kraftdroschkenlenker zu unterbreiten. Vor allem soll der Kraftdroschkenlenker das Recht haben, von jedem Fahrgast, der über die Stadtgrenze befördert werden soll, Ausweispapiere zu verlangen, weiter soll er eine Waffe tragen dürfen und schliesslich die Möglichkeit haben, grössere Geldbeträge während des Tages abzuliefern. Das Polizeipräsidium hat in seiner Antwort seine Sympathie für die Vorschläge zum Ausdruck gebracht und hat bereits Schritte unternommen, um den Forderungen der Kraftfahrer wenigstens teilweise entgegenzukommen.

Lohnbewegungen in den schweizerischen Kraftfahrbetrieben. (I.T.F.) Die Unternehmer in den Kraftdroschkenbetrieben in Zürich und Basel haben die Kollektivverträge mit dem Personal gekündigt und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen verlangt. Die Unternehmer in Zürich wollen, wie bereits gemeldet, den Garantielohn bei Einnahmen bis zu 20 Fr. beseitigen; die von den Unternehmern in Basel geforderten Verschlechterungen würdeneinem Lohnabbau von etwa 30% gleichkommen; ausserdem sollen auch andere Arbeitsbedingungen verschlechtert werden. Die Verhandlungen mit den Unternehmern in den beiden Städten sind gescheitert.

Ein abgewehrter Anschlag auf die Löhne in den Genfer Transportbetrieben. (I.T.F.) Die Transportfirmen in Genf versuchten einen Lohnabbau von 15 Fr. pro Monat durchzuführen, obwohl dies der geltende Vertrag nicht zulässt. Dem Personal ist es jedoch gelungen, den Anschlag abzuwehren.

Die Gefahren der Strasse. (I.T.F.) Das Innenministeriums Grossbritanniens hat die folgende Statistik über die sich in den Jahren 1926 bis 1931 ereigneten Verkehrsunfälle veröffentlicht:

	<u>Getötete</u>	<u>Verwundete</u>	<u>Zusammen</u>
1926	4.886	133.888	138.774
1927	5.329	148.575	153.904
1928	6.138	164.838	170.976
1929	6.696	170.917	177.613
1930	7.305	177.895	185.200
1931	6.691	202.119	208.810
	<u>37.045</u>	<u>998.232</u>	<u>1.035.277</u>

Die Arbeitslosigkeit und der Verkehrsrückgang bei den kommunalen Verkehrsbetrieben in Berlin. (I.T.F.) Im Jahre 1929 haben die kommunalen Verkehrsbetriebe in Berlin 1.217,1 Millionen Personen befördert. Die Anzahl der Arbeitslosen erreichte damals 4,9% der Einwohnerzahl. In den Jahren 1930 und 1931 ist dieser Prozentsatz auf 8,8% bzw. 11,4% gestiegen. Die Anzahl der beförderten Personen ist auf 994,1 (18,3%) bzw. 875,- Millionen (-28,1%) zurückgegangen.

Verlängerung des Kollektivvertrages bei den kommunalen Verkehrsbetrieben in Boston (USA) (I.T.F.) Nach langwierigen und schweren Verhandlungen ist es dem Verband der Bediensteten bei den Strassenbahnen und elektrischen Eisenbahnen Amerikas gelungen, die

Verlängerung des geltenden Kollektivvertrages der kommunalen Verkehrsbetriebe in Boston, mit Ausnahme der Lohnbestimmungen, um ein Jahr zu erzielen. Die Gesellschaft forderte ursprünglich einen Lohnabbau von $12\frac{1}{2}\%$ und verschiedene Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen. Das Ergebnis der Verhandlungen war, dass die Arbeitsbedingungen unverändert bleiben, während die Löhne um $9\frac{3}{8}\%$ (anstelle von $12\frac{1}{2}\%$) herabgesetzt wurden. Die Stundenlöhne der Bediensteten im Strassenverkehr werden künftig 53 Cents für die ersten 3 Monate, 59 Cents bis zu einem Jahr und $68\frac{1}{2}$ Cents nach einem Jahr Dienstzeit betragen. (1 Dol. = 4,2 RM). Die Autobuslenker und die Führer des Einmannwagens erhalten ausserdem einen Zuschlag von 8 Cents pro Stunde.

Herabsetzung der Strassenbahnerlöhne im Haag. (I.T.F.) Trotz den Bemühungen der Vertreter des Personals, über die wir in der vorigen Nummer berichtet haben, hat der Verwaltungsrat der Strassenbahngesellschaft im Haag beschlossen, den Beitrag, den das Personal an die Pensionskasse abzuführen hat, von 5 auf $8\frac{1}{2}\%$ zu erhöhen. Dies bedeutet praktisch einen Lohnabbau von $3\frac{1}{2}\%$. Das Personal hat gegen diesen Beschluss eine Protestversammlung abgehalten.

Zuziehung von Betriebsräten bei Unfalluntersuchungen. (I.T.F.) Das Arbeitsgericht von Beuthen (Deutschland) hat ein interessantes Urteil gefällt. Am 30. November 1931 ereignete sich ein Zusammenstoss zwischen einer Strassenbahn und einem Fuhrwerk, am 5. Januar 1932 wurde ein Fussgänger von der Strassenbahn überfahren. Der Betriebsrat verlangte die Zuziehung eines Vertreters zu den Unfalluntersuchungen. Die Verwaltung der Strassenbahn lehnte dies ab mit der Begründung, dass die Opfer der Unfälle nicht im Dienste des Unternehmens standen. Darauf hat der Betriebsrat beim Arbeitsgericht eine Klage eingereicht. Dieses hat auf Grund des Par. 77 des Betriebsrätegesetzes entschieden, dass die Verwaltung einen Vertreter des Betriebsrates zu allen Unfalluntersuchungen hinzuziehen hat.

SEELEUTE UND BINNENSCHIFFER

Herabsetzung der Heuern der belgischen Radiotelegraphisten. (I.R.F.)

Die belgischen Radiotelegraphisten mussten eine Herabsetzung ihrer Heuern auf sich nehmen. Die Reeder beabsichtigten die Heuern ab 16. Juni um 10% und ab 16. Juli um weitere 5% herabzusetzen. Da die Heuern der Radiotelegraphisten infolge der Sperrung der Auf-rückung auf ein Jahr ohnehin eine Verminderung um durchschnittlich 10% erfahren, hat sich ihr Verband dem Lohnabbau widersetzt. Die Reeder blieben jedoch unnachgiebig. Das einzige Zugeständnis, das sie den Radiotelegraphisten machen wollten war, dass die zweite Herabsetzung erst am 16. September durchgeführt werden soll. Ab 16. Juni betragen die Heuern der Radiotelegraphisten 910,- Franken (mit einem Dienstjahr) bis 1980 Franken (10 Dienstjahre). Ab 16. September werden diese Heuern 860 bzw. 1870 Fr. betragen. (100 Fr. = 11,7 RM). Die letztgenannten Heuersätze können unter Beachtung einer Frist von 3 Monaten abgeändert werden, jedoch nicht vor dem 15. Januar 1933.

Ein Lohnstreit auf dem Genfer See. (I.T.F.) Am 15. Januar 1932 hat der Direktor der Schifffahrtsgesellschaft auf dem Genfer See die Löhne des Personals herabgesetzt, ohne vorher mit den Vertretern des Personals darüber zu verhandeln. Angesichts des Saisoncharakters des Schiffsdienstes und der Tatsache, dass ein beträchtlicher Teil des Personals Kurzarbeit leistet, ist das Personal der Meinung, dass eine neue Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, die die Verwaltung nach Beendigung dieser Saison ins Auge fasst, unzulässig ist. Das Personal fordert von der Gesellschaft den Abschluss eines Kollektivvertrages, der ihm feste Arbeitsbedingungen garantiert und der Willkürherrschaft des Direktors, deren Betriebsmethoden enorme unproduktive Ausgaben verursachen, wodurch die Unternehmung in Gefahr gerät und somit das Personal, das von ihr abhängt, ein Ende bereitet.

Drohender Konflikt in Polen. (I.T.F.) Die polnischen Reeder haben das tarifvertraglich vereinbarte Verpflegungsgeld ohne weiteres von 4,50 Zloty auf 2,80 Zloty herabgesetzt. Ferner besteht die Absicht, die Heuern um 15 - 20% abzubauen. Das Personal der Schleppdampfer hat bereits zum zweiten Male eine Kürzung von 10% erlitten. Die Löhne der Hafendarbeiter sind ebenfalls ab 23. Juni um 10 bis 15% erniedrigt worden. Der polnische Transportarbeiterverband hat nun Anträge zwecks Abschlusses eines neuen Kollektivvertrages eingereicht.

Die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, dass in Polen zwischen dem 10. und 15. Juli ein offener Konflikt ausbrechen wird. Die I.T.F. ersucht die angeschlossenen Organisationen nötigenfalls Sympathiemassnahmen zu treffen.

Die polnischen Schiffe besuchen hauptsächlich folgende Häfen: London, Hull, Amsterdam, Rotterdam, Gent, Antwerpen, Hamburg, Stettin, Danzig, Kopenhagen, Horsens, Odense, Sønderborg, Stockholm, Gävle, Norrköping, Malmö, Gothenburg, Dieppe, Rouen, Nantes und Calais.

-o-o-o-o-